

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

13. Mai 2020  
11.2020

Am 23. Februar 2020 ist der Berliner Mietendeckel in Kraft getreten. Für 5 Jahre werden die bestehenden Mieten eingefroren (»Mietenstopp«) und Mietobergrenzen festgelegt (»Mietendeckel«). Zu hohe Mieten können abgesenkt werden. Den Mieter\*innen im überhitzten Berliner Wohnungsmarkt wird damit die dringend benötigte »Atempause« verschafft. Was aber machen Union und FDP? Sie klagen beim Bundesverfassungsgericht dagegen. Sie zeigen, wo sie stehen: nicht bei den Mieterinnen und Mietern, sondern bei den Vermieterverbänden und Wohnungskonzernen. CDU/CSU und FDP machen Politik für diejenigen, die vom Mietenwahnsinn profitieren. Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen 60 Prozent der Immobilien.

■ Seit 2011 sind die reichsten 10 Prozent um 1500 Milliarden Euro reicher geworden. Dazu hat der ungebremste Mietenwahnsinn beigetragen: Er hat reiche Immobilienbesitzer reicher und Mieter\*innen durch steigende Mieten ärmer gemacht.

■ Allein die beiden größten Wohnungskonzerne – Deutsche Wohnen und Vonovia – besitzen in Berlin rund 160 000 Wohnungen (DW: 115 500, Vonovia: 44 000), mehr als 10 Prozent aller Berliner Mietwohnungen. Durch Mieterhöhungen haben sie in den letzten Jahren satte Gewinne eingefahren und den Aktionären steigende Dividenden gezahlt.

Die Groko hatte eine Mietpreisbremse verabschiedet, die keine Mietsteigerungen bremst. Schon da hatte die Union verwässert. Im Unterschied zur Mietpreisbremse zeigt der Berliner Mietendeckel Wirkung: Berlin ist die einzige Metropole, in der die Durchschnittsmiete im 1. Quartal 2020 um 2,4 Prozent gesunken ist. Der F+B-Wohn-Index Deutschland I-2020 sieht darin eine erste Auswirkung des Berliner Mietendeckels. Die Marktmacht der Immobilienkonzerne bekommt erste Risse. Berlin zeigt, was möglich ist.

Die Union will den Berliner Mietendeckel mittels Klage beseitigen (FDP und AfD wollen das auch). Mitten in der Corona-Krise und obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie gerade Mieter\*innen treffen. Wer in Kurzarbeit ist oder den Job wegen Corona verloren hat, weiß bald nicht mehr, wie er/sie die nächste Miete bezahlen soll. Der von der Bundesregierung beschlossene »Schutzschirm« für Mieter\*innen verdient diesen Namen nicht. Er schützt Mieter\*innen nur für die Mietschulden aus dem Zeitraum

CDU/CSU und FDP an der Seite von Vermietern und Konzernen.

# Hände weg vom Mietendeckel!

vom 1. April bis 30. Juni 2020 vor einer Kündigung. Kann danach die Miete nicht mehr gezahlt werden, droht Kündigung. Außerdem müssen Mieter\*innen damit rechnen, dass die Vermieter\*innen für die Mietschulden vier Prozent Verzugszinsen verlangen. Vier Prozent bekommen sie derzeit kaum für eine andere Geldanlage! Was wirklich helfen würde: Eine Absenkung der Miete bis zur Aussetzung während der Corona-Zeit.

## DIE LINKE fordert:

### ■ Kein Einkommen? Keine Miete!

Mietstundungen alleine reichen nicht, wenn die Einkommen ausbleiben. Mietsenkungen bis zur Aussetzung der Miete für die Zeit der Krise: Das gilt für das eigene kleine Gewerbe genauso wie für die eigene Wohnung.

### ■ Keine Kündigungen in der Corona-Krise!

Niemand darf in der Krise seine Wohnung verlieren. Kündigungen (z.B. wegen Eigenbedarfs) und Zwangsräumungen müssen ausgeschlossen werden.

■ **Runter mit den Mieten!** Wir wollen einen bundesweiten Stopp für Mieterhöhungen und Obergrenzen für die Mieten (Mietendeckel). Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen, die Modernisierungumlage muss abgeschafft werden.

### Keine Dividenden in der Corona-Krise!

Die vier größten Wohnungsunternehmen zusammen planen rund 1,5 Mrd. Euro an Dividenden an ihre Aktionäre auszuzahlen. Diese Gewinne gehen auch an internationale Finanzinvestoren wie BlackRock oder MFS Investment Management. Friedrich Merz, Wirtschaftslobbyist und Kandidat für den CDU-Vorsitz, vertrat noch bis Ende März dieses Jahr als Aufsichtsratsvorsitzender die Interessen des deutschen Ablers von BlackRock. Der weltweit größte Vermögensverwalter ist als Großaktionär an allen großen Wohnungsunternehmen in Deutschland beteiligt.

## DIE LINKE fordert:

### ■ Gerechte Verteilung der Krisenkosten!

Wir wollen bei Mietschulden die häftige Teilung zwischen Mieter\*innen und Vermieter\*innen und im Notfall einen Fonds, der besonders betroffenen Vermieter\*innen und Mieter\*innen hilft.

■ **Keine Dividenden in der Krise!** Solange Mieter\*innen in der Angst leben, ihre Miete nicht zahlen zu können, kann es nicht sein, dass die Konzerne ihre Gewinne an die Aktionäre geben. Das Geld ist stattdessen

dafür einzusetzen, in der Krise notleidenden Mieter\*innen zu helfen.

■ **Vonovia & Co enteignen!** Konzerne, die nicht sanieren, die Mieten hochtreiben oder ihre Mieter\*innen schikanieren, müssen enteignet werden. Keine Spekulation mit Wohnraum an der Börse: Mit Wohnen darf kein Profit gemacht werden.

### ■ 250 000 Sozialwohnungen mehr!

Es fehlen mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen. Wir fordern, dass jedes Jahr mindestens 250 000 Sozialwohnungen mehr geschaffen werden. Der Staat muss Wohnungen aufkaufen und neue bezahlbare, ökologisch modernisierte Wohnungen bauen! Die Sozialbindung darf nicht auslaufen! Wir wollen ein öffentliches Wohnungsbauprogramm und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft fördern. Wohnen ist ein Menschenrecht, das wir nicht dem Markt überlassen dürfen. Deshalb kämpfen wir für öffentlichen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnraum. Denn was für alle da ist, muss allen gehören.

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Mehr Informationen unter:**

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**